

Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Postfach 31 40 · 65021 Wiesbaden

Geschäftszeichen V5-18p2000-0005/2014/014

Nationale Stelle zur Verhütung von Folter
Vorsitzenden der Länderkommission
Herrn Rainer Dopp
Luisenstraße 7
65185 Wiesbaden

Dokument-Nr. 2022-220289
Bearbeiter/in
Durchwahl +49 611 3219
Fax +49 611 32
E-Mail @hsm.hessen.de
Ihr Zeichen 233-flEh/22
Ihre Nachricht

Ausschließlich per Mail

Datum 30. November 2022

Bericht über den Besuch der Jugendforensischen Psychiatrie in Marburg am 29.04.2022

Ihr Schreiben vom 16. August 2022

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Dopp,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 16. August und die im Bericht vom 11. August enthaltenen Verbesserungsvorschläge zur Gestaltung der Jugendforensischen Psychiatrie in Marburg.

Ihre Verbesserungsvorschläge wurden mit der KJP Marburg erörtert und wie folgt beurteilt.

Zu I) Ausgleich einschränkender Maßnahmen

Die Kommission wies darauf hin, dass die pandemiebedingten Einschränkungen der Besuchsregelungen ausgeglichen werden sollten und zu prüfen sei, ob die restriktiven Besuchsregelungen nach zwei Jahren Pandemie gelockert werden könnten.

Sonnenberger Straße 2/2a
65193 Wiesbaden

Telefon: (0611) 3219-0
Telefax: (0611) 32719-3700

E-Mail: poststelle@hsm.hessen.de
Internet: <http://www.soziales.hessen.de>

Das Dienstgebäude Sonnenberger Straße 2/2a ist mit den
Buslinien 1, 8 (Haltestelle: Kurhaus/Theater) und 16 (Haltestelle Kureck) zu erreichen



Die Besuchsregelungen wurden durch die Klinik mittlerweile im Rahmen eines Lockerungskonzepts auf das Niveau vor Beginn der Corona-Pandemie angepasst.

Die Klinik wies darauf hin, es würden bereits Ausgleichsmaßnahmen wie eine hochfrequenter Aktivitätengruppe angeboten. Eine verstärkte Nutzung des Innenhofs sei festzustellen, aufgrund verzögerter Renovierungsmaßnahmen seien weitergehende Maßnahmen derzeit leider nicht umsetzbar.

Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration (HMSI) sieht diese Erklärungen als plausibel an.

Zu II) Beschwerdemanagement

Es wird vorgebracht, dass die Beschwerdebriefkästen zum Zeitpunkt des Besuchs abmontiert gewesen seien und die Kontaktdaten des Patientenfürsprechers sowie externer Beschwerdestellen nicht aushingen. Zudem wird angeregt, eine terminlich festgelegte Sprechstunde eines Patientenfürsprechers zu installieren.

Die Klinik entgegnet, dass die Informationen zu Beschwerdemöglichkeiten aushingen und die Beschwerdebriefkästen wieder angebracht seien und geleert würden. Das Erscheinen der Fürsprecherin zum Leeren der Kästen werde angekündigt, sodass in diesem Rahmen die Möglichkeit bestehe, sie anzusprechen.

Das HMSI hat angeregt, regelmäßige Termine (Jour fixe o.ä.) der Patientenfürsprecherin anzubieten.

Zu III) Ausstattung des Time-Out-Raums

Im Besuchsbericht wird moniert, dass im Time-Out-Raum keine Sitzmöglichkeit bestehe.

Die KJP Marburg führt aus, dass Möbel (Sitz- und Abstellmöglichkeit) bestellt worden seien, man rechne mit einer Lieferung für die 39. KW.

Das HMSI begrüßt die Anschaffung geeigneter Sitz- und Abstellmöglichkeiten für den Time-Out-Raum.

Zu IV) Ausstattung des Patientenzimmers

Die Kommission regt an zu prüfen, ob den Jugendlichen ermöglicht werden kann, die Außenjalousien der Zimmer selbständig zu öffnen.

Die Klinik sagt einer Prüfung dieser Möglichkeit zu.

Das HMSI unterstützt die Forderung der Nationalen Stelle zum (Wieder-)Erlernen eines autonomen Alltags der Patienten unter Beachtung der Sicherheitsrichtlinien.

Zu V) Fixierung

Die Kommission stellt einen Fall der Fixierung eines Patienten dar, die nach richterlicher Anordnung mehrere Monate andauerte. Dies sei nicht verhältnismäßig. Ferner sei der Patient nicht durch geschultes Fachpersonal, sondern vom Sicherheitsdienst und unter Einsatz der Videoüberwachung überwacht worden.

Die Klinik erklärt, dass sie für die gerichtliche Anordnung einer Fixierung nicht verantwortlich sei, im vorliegenden Fall sei ein externes Gutachten angefordert worden. Der Patient sei seit Juli 2022 nicht mehr dauerhaft, sondern nur kurzfristig im Rahmen einer einmaligen Zwangsmaßnahme fixiert worden. Die Betreuung und Überwachung fixierter Patient*innen erfolge durch Fachpersonal mit der Unterstützung des Sicherheitsdiensts.

Länger andauernde Fixierungen sind immer sehr besonderen Umständen geschuldet, z.B. um zu verhindern, dass Zugänge, die für eine somatische Behandlung erforderlich waren, gezogen werden. Zwangsmaßnahmen sind im klinischen Alltag immer eine schwere Herausforderung.

Das HMSI bittet die Klinik in diesen Einzelfällen um Vorlage der gerichtlichen Fixierungsanordnung sowie des Gutachtens.

Zu VI) Personal

Die Kommission führt aus, aufgrund Personalmangels seien 1,5 Stellen krankheitsbedingt und 1,7 ausgeschriebene Stellen unbesetzt.

Die KJP teilt mit, dass seit 1. Juli 2022 alle Regelstellen im Pflege- und Erziehungsdienst besetzt seien.

Das HMSI sieht hier keine Notwendigkeit zur Intervention.

Zu VII) Turnhalle

Laut Nationaler Stelle ist die Turnhalle nicht oder nur teilweise nutzbar.

Nach Ausführung der Klinik wurden die Instandsetzungsarbeiten der Turnhalle mittlerweile abgeschlossen.

Es ist unser gemeinsames Anliegen, eine verbesserte Unterbringungssituation für die jugendlichen Patient*innen herzustellen. Für Ihr Engagement und Ihre Bemühungen danke ich Ihnen deshalb sehr.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. Klose', written in a cursive style.

Kai Klose